EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

2008/2234(INI)

20.1.2009

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu Problemen und Perspektiven der Unionsbürgerschaft
(2008/2234(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Marie Panayotopoulos-Cassiotou

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass der Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Förderung der Chancengleichheit in allen Politikbereichen und Maßnahmen der Union konsequent zu berücksichtigen ist;

2. betont, dass es ohne die Anerkennung und Anwendung des Grundsatzes der Gleichstellung der Geschlechter keine echte Unionsbürgerschaft geben kann;

3. erinnert daran, dass das Konzept der Unionsbürgerschaft zur europäischen Integration beiträgt, indem es sowohl Frauen als auch Männer in diesen Prozess einbezieht;

4. bedauert, dass es die Kommission wieder einmal versäumt hat, die Geschlechterperspektive in ihren Fünften Bericht über die Unionsbürgerschaft und in die Bilanz der Fortschritte, die in den eng mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Bereichen erzielt wurden, einzubeziehen; stellt fest, dass es deshalb sehr schwierig ist, eine umfassende geschlechtsspezifische Bewertung sowie Leitlinien zu dieser Problematik abzugeben;

5. betont, dass das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes, das ein Grundbestandteil der Unionsbürgerschaft ist, erhebliche Auswirkungen auf das Familienleben und die Entscheidungen von Frauen in Sachen Bildung und Beruf hat; fordert die Kommission deshalb auf, die besonderen Bedürfnisse von Frauen in diesem Bereich zu berücksichtigen;

6. betont, wie wichtig die Richtlinien über das Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern, die studieren, wirtschaftlich nicht aktiv sind oder Altersrente beziehen, aufgehoben durch die Richtlinie 2004/38/EG, für Frauen sind, und verweist darauf, dass Aufklärung über die diesbezüglichen Rechte erforderlich ist, wobei die 16 000 Exemplare des Leitfadens, in dem die Richtlinie erläutert wird, die in 19 Sprachen verteilt wurden, angesichts der Gesamtzahl der Einwohner der Union viel zu wenig sind;

7. fordert eine stärkere Beteiligung von Frauen am politischen Leben sowie an den Entscheidungsprozessen, die die europäische Integration betreffen; ist der Auffassung, dass Frauen deshalb in den Genuss verstärkter Sensibilisierungskampagnen kommen sollten, damit sie ihre Rechte als Unionsbürgerinnen uneingeschränkt wahrnehmen und eine aktivere Rolle in politischen Organisationen, im politischen Leben und im Rahmen der Tätigkeiten der Kommunen in ihrem Wohnsitzstaat spielen können;

8. verweist darauf, dass das politische Engagement ein wesentlicher Ausdruck der Bürgerschaft ist, der bei Frauen durch konkrete Maßnahmen gefördert werden könnte, beispielsweise durch die Stärkung und Verbesserung von Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder;

9. fordert die Kommission auf, die Informationsprogramme über die Unionsbürgerschaft zu verstärken, damit Kinder und vor allem junge Mädchen und Frauen in Bildungseinrichtungen umfassend informiert werden, vor allem in geografisch und sozial benachteiligten Regionen; fordert, dass diese Maßnahmen zur Förderung der Unionsbürgerschaft insbesondere den Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau fördern;

10. fordert einen besseren konsularischen Schutz europäischer Bürgerinnen in Drittstaaten, vor allem was den Schutz ihres Lebens, ihrer Würde und ihrer Unversehrtheit betrifft.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	20.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 20 –: 0 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Edit Bauer, Emine Bozkurt, Hiltrud Breyer, Edite Estrela, Ilda Figueiredo, Claire Gibault, Anneli Jäätteenmäki, Lívia Járóka, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Urszula Krupa, Roselyne Lefrançois, Siiri Oviir, Marie Panayotopoulos-Cassiotou, Zita Pleštinská, Eva-Britt Svensson, Anna Záborská
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Gabriela Crețu, Iratxe García Pérez, Anna Hedh, Mary Honeyball, Maria Petre